

AUSGEGRENZT – BERAUBT – VERNICHTET. WIRTSCHAFTLICHE VERDRÄNGUNG UND AUSPLÜNDERUNG DER JÜDISCHEN BEVÖLKERUNG IN WÜRTTEMBERG UND HOHENZOLLERN IN DER NS-ZEIT



„Der letzte Umzug 1940“, Holzschnitt von Hermann Fehrenbach

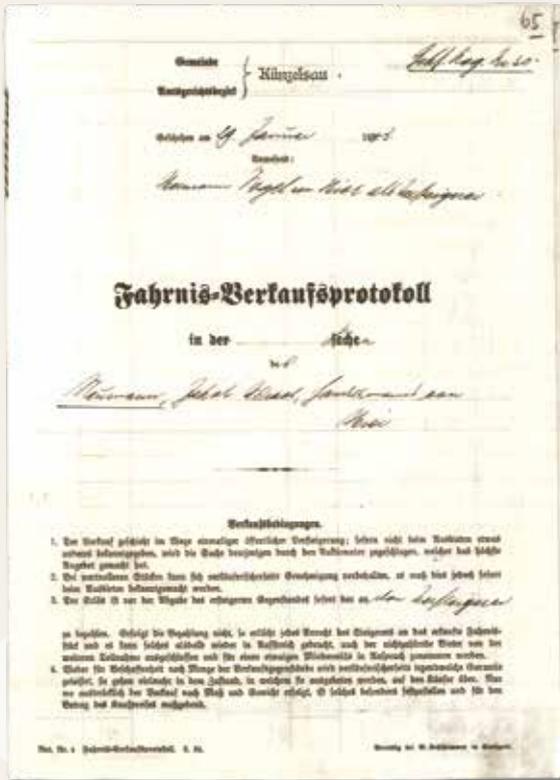
Opfern, der Profiteure und weiterer Beteiligten. In Württemberg waren, wie anderswo auch, zahlreiche Akteure involviert: Sie kamen aus der NSDAP, den Kommunen, der Finanz- und Innenverwaltung, der Gestapo, den Wirtschaftsverbänden bis hin zu vielen Bürgerinnen und Bürgern.

1933 lebten rund 11.000 jüdische Bürgerinnen und Bürger in Württemberg und Hohenzollern. Nach vorsichtigen Schätzungen befanden sich ca. 1.500 Geschäfte und Unternehmungen – überwiegend kleine und mittelständische Textil- und Viehhandlungen, Zigarren- und Tabakhandlungen –, 140 Fabriken und 35 Privatbanken in ihrer Hand; es gab etwa 120 Rechtsanwälte und Juristen unter ihnen, ca. 150 meist niedergelassene Ärzte und mehrere Hundert Freiberufler und Angestellte, darunter viele Frauen.

Von Beginn an zielte das nationalsozialistische Regime auf die wirtschaftliche und gesellschaftliche Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung. Diese war ein umfassender gesellschaftlicher Prozess, der propagandistisch durch die regionalen und lokalen NSDAP-Führer vorbereitet und geleitet wurde. Ein erstes Fanal war der Aufruf zum Boykott der jüdischen Geschäfte und Warenhäuser im April 1933. Abgesehen von diesen Aktionen und zahlreichen Repressalien verzichtete man allerdings in den ersten Jahren der NS-Herrschaft auf weitergehende Zwangsmaßnahmen gegen jüdische Industrie-, Gewerbe- und Handelsbetriebe; die wirtschaftliche Situation des Reichs war noch zu ungünstig, um vollkommen auf das Potential der jüdischen Betriebe verzichten zu können.

Dagegen waren die Bestrebungen der Machthaber, Juden aus Ämtern und Funktionen in Verwaltung, Politik, Wissenschaft und Kunst zu verdrängen, von Anfang an sehr massiv. Die

Die Verfolgung der Juden in Württemberg während der NS-Zeit ist seit den 1960er Jahren immer wieder Gegenstand von Forschungen und Publikationen gewesen. Doch bislang hat sich kaum eine Untersuchung intensiv den Maßnahmen gewidmet, welche die Shoah vorbereiteten und begleiteten: der Ausgrenzung, wirtschaftlichen Existenzvernichtung und finanziellen Ausplünderung der jüdischen Bevölkerung. Zu diesem Forschungsdefizit trugen auch so manche Rücksichtnahmen auf die vielen Täter und Profiteure und ihre Angehörigen im Land bei. Der Gedenkstättenverband Gäu-Neckar-Alb hat sich deshalb gemeinsam mit dem Landesarchiv Baden-Württemberg dieses Themas angenommen und ein Forschungs- und Ausstellungsprojekt für das Gebiet Württemberg-Hohenzollern initiiert. Eine große Anzahl von Forscherinnen und Forschern aus den Gedenkstätten und den Staats- und Stadtarchiven sowie weitere Experten auf regionaler und überregionaler Ebene haben sich intensiv mit den Zwangsmaßnahmen und der Beraubung der jüdischen Bevölkerung beschäftigt. Sie beleuchten die Perspektiven von Tätern und



Protokoll über den Verkaufserlös der beweglichen Habe des Handelsmanns Jakob Neumann, 2.02.1943. Jakob Neumann, geb. 1869, war am 22.08.1942 von Künzelsau aus nach Theresienstadt deportiert worden, wo er am 20.11.1942 ermordet wurde.

Württemberg, die Devisenstelle Stuttgart und die örtlichen Finanzämter die Juden mit Sondersteuern und Abgaben aussaugten, nahmen die NSDAP-Funktionäre die lukrativen Firmen und größeren Fabriken ins Visier. Die regionale NSDAP

schuf 1936 eigens eine „Vermittlungszentrale“ für die Zwangsübernahme dieser Unternehmen.

Damit ging der Prozess der Ausplünderung weit über den wirtschaftlichen Verdrängungsprozess hinaus. Nach der Existenzvernichtung und den Schrecken und Verfolgungen der Reichspogromnacht vom 9. November 1938 blieb vielen Juden nur die Flucht. In diesen Fällen griffen die Finanzämter mit der Reichsfluchtsteuer und anderen Sonderabgaben zu. Die Ausreisewilligen verloren in der Regel große Teile ihres Vermögens. Die Einnahmen aus den diskriminierenden Steuern flossen in die Kasse des Staates, der damit unter anderem seine Kriegsvorbereitungen finanzierte. An den zurückgelassenen Geschäften und Immobilien sowie am Hausrat bereicherten sich viele „Volksgenossen“.

Als 2.500 Juden aus Württemberg-Hohenzollern ab Dezember 1941 in die Todeslager deportiert wurden, standen die Gestapo und die württembergische Reichsfinanzverwaltung bereit, um das komplette Vermögen der Opfer zu beschlagnahmen und restlos zu verwerten. Was nicht an NS-Behörden und Parteiorganisationen fiel, wurde meistbietend an die Bevölkerung versteigert.

Die Ergebnisse des Forschungsprojekts, das neben einem Überblick über die Vorgänge auch exemplarisch den Verdrängungsprozess und die Zwangsverkäufe von Unternehmen beleuchtet, werden ab Ende September 2019 in einer Publikation dokumentiert sowie ab 7. November im Staatsarchiv Ludwigsburg in einer Ausstellung präsentiert.

Nicole Bickhoff und Martin Ulmer

VERÖFFENTLICHUNG



AUSGRENZUNG – RAUB – VERNICHTUNG. NS-AKTEURE UND „VOLKSGEMEINSCHAFT“ GEGEN DIE JUDEN IN WÜRTTEMBERG UND HOHENZOLLERN

Hg. von Heinz Högerle, Peter Müller und Martin Ulmer im Auftrag des Gedenkstättenverbands Gäu-Neckar-Alb e. V., des Landesarchivs Baden-Württemberg und der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart 2019. Das Buch kann über den Webshop der Landeszentrale für politische Bildung (www.lpb-bw.de) zum Preis von 18 Euro zuzüglich Versandkosten bestellt oder im Hauptstaatsarchiv Stuttgart und Staatsarchiv Ludwigsburg erworben werden.



TAGUNG UND ERÖFFNUNG DER WANDERAUSSTELLUNG

AUSGRENZUNG – RAUB – VERNICHTUNG: NS-AKTEURE UND „VOLKSGEMEINSCHAFT“ GEGEN DIE JUDEN IN WÜRTTEMBERG UND HOHENZOLLERN 1933–1945

am 7. November 2019
im Staatsarchiv Ludwigsburg

Ausstellung bis 7. März 2020

Nähere Informationen unter:
<https://www.landesarchiv-bw.de/web/64956>.